

# Unternehmer, Juristen und Politiker tagten im Reichstag

## Konferenz über Wirtschafts- und Rechtsentwicklung in Rumänien mit Justizministern beider Länder

Die neuesten Tendenzen der Wirtschafts- und Rechtsentwicklung in Rumänien wurden 125 Unternehmern, Juristen und Politikern am 20. Juni 2008 im Reichstag zu Berlin vorgestellt. Veranstalter der Konferenz waren die Deutsch-Rumänische Juristenvereinigung (DRJV) und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Berlin Partner GmbH. Ferner wurde die Veranstaltung vom Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft, dem Richard Boorberg Verlag, der Rechtsanwaltskanzlei Stalfort und dem Rechtsstaatsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt. Schirmherrin der Konferenz war die Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, die ebenso wie ihr rumänischer Amtskollege Marian Cătălin Predoiu bei der Veranstaltung anwesend war.

DRJV-Präsident Dr. Gisbert Stalfort betonte in seiner Eröffnungsrede, dass von der rumänischen Legislative in den letzten Jahren ein wahrer Gesetzesmarathon absolviert und damit eine Kernvoraussetzung für den EU-Beitritt und auch für das rasante Wirtschaftswachstum der letzten Jahre geschaffen worden sei. Rumänien verfüge inzwischen über eine moderne Gesetzgebung, die trotz einiger Umsetzungsmängel

teilweise sogar besonders günstige Gestaltungsmöglichkeiten biete.

Die enormen Anstrengungen Rumäniens zum Auf- und Ausbau des Rechtsstaats wurden auch von Bundesjustizministerin Brigitte Zypries in ihrem Grußwort hervorgehoben. Zugleich wies sie darauf hin, dass die Heranführung der rumänischen Gesetzgebung an bestehende EU-Standards im Rahmen weitreichender Unterstützung sowohl durch EU-Programme als auch durch andere EU-Mitgliedsstaaten erfolgt sei. Auch in Zukunft könne Rumänien auf die Unterstützung der deutschen Justizaußenpolitik zählen.

Kritische Anmerkungen enthielten die Reden der beiden profiliertesten Rumänienexperten des deutschen Bundestages. Die Vorsitzende der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Susanne Kastner, mahnte an, dass vom EU-Beitritt die breite Masse der rumänischen Bevölkerung profitieren müsse. Ferner kritisierte sie Behinderungen bei Restititionen. Gunther Krichbaum, der in den Jahren 2005-2007 Berichterstatter für Rumänien im Deutschen Bundestag war und seit Juni 2007 Vorsitzender

des Bundestagsausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union ist, kritisierte die mangelnden Fortschritte bei der Bekämpfung der Korruption auf höchster Ebene.

Nach den Eröffnungsreden und weiteren Grußworten durch den Botschafter Rumäniens, Bogdan Mazuru, sowie Oliver Wieck, Geschäftsführer des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, erhielten die Teilnehmer von acht Referenten einen Überblick über die aktuellen wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Den dazu einführenden Vortrag hielt der rumänische Justizminister Marian Cătălin Predoiu. Er wies darauf hin, dass schon in den 90er Jahren mit der Justizreform begonnen worden sei. Nach dem EU-Beitritt habe die rumänische Regierung in Abstimmung mit der EU-Kommission einen Aktionsplan erarbeitet, um Defizite bei der Justizreform zu beheben. Um das Problem der teilweise uneinheitlichen Rechtsprechung zu lösen, sei die obligatorische Veröffentlichung und Aktualisierung der Rechtsprechung im Internet für Ende 2008 vorgesehen.

Dem Thema Korruptionsbekämpfung widmete sich Dr. Stefanie Ricarda Roos, Leiterin des

Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung. Frau Roos ging dabei detailliert auf die Fortschrittsberichte der EU-Kommission vom 27. Juni 2007 und vom 4. Februar 2008 ein. Die praktischen Aspekte des rumänischen Vergaberechts sowie Besonderheiten bei der Umsetzung der einschlägigen EU-Richtlinien standen im Mittelpunkt des Vortrages von Rechtsanwältin Andrada Sărb. Die seit dem EU-Beitritt sehr intensiv gewordene Zusammenarbeit beider Länder auf dem Gebiet des Strafrechts präsentierte Thomas Dittmann, Leiter der Strafrechtsabteilung im Bundesjustizministerium. Auf teilweise lange Genehmigungsverfahren und noch fehlende Ausführungsbestimmungen wies Rechtsanwältin Maria Carp in ihrem Vortrag zum Umweltrecht hin. Rechtsanwalt Christian Weide hob die großen Unterschiede in den Rechtsordnungen beider Länder im Bereich des Arbeitsrechts hervor. Er kritisierte zugleich die große Bürokratie in der rumänischen Arbeitsverwaltung. Schließlich stellte Rechtsanwältin Bianca Krakkai die Erleichterungen bei der Zwangsvollstreckung ausländischer Titel vor, die seit dem EU-Beitritt Rumäniens gelten. (ADZ)



Oliver Wieck, Gisbert Stalfort, Marian Cătălin Predoiu, Susanne Kastner und Gunther Krichbaum (v.l.)